

Kiel, 09.05.2007

**Landtag
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn**

TOP 38 – Europabericht (Drucksache 16/1214)

Rolf Fischer:

Ein soziales Europa schaffen!

In die Zeit der deutschen Ratspräsidentschaft, die mit dem 1. Januar 07 begonnen hat, fallen wichtige europapolitische Weichenstellungen. Die europäische Entwicklung steht zu Beginn der erstmals organisierten sogenannten Dreierpräsidentschaft in einer entscheidenden Phase. Schon deshalb kommt dem Europabericht, der eine Vorausschau ist, eine ganz besondere Bedeutung zu.

Die Vorlage zeigt, dass **Schleswig-Holstein seine Rolle in Europa fest im Blick hat und gewillt ist, sich engagiert einzubringen**. Dies ist sicher ein Verdienst des Ministers und seiner Fachleute; ihnen gilt an dieser Stelle unser Dank.

Der Bericht beruht auf der richtigen Annahme, **dass mit konkreten Erfolgen die Akzeptanz Europas bei den Bürgern steigt**. Und dass sie ansteigen muss, ist beispielhaft an der Verfassungsdebatte zu sehen, auf die ja auch der Bericht verweist: Der vorliegende Entwurf des Verfassungsvertrages bietet keine schönen Absichtserklärungen, sondern er enthält klare Antworten auf viele Kritikpunkte. Fehlende Transparenz, unübersichtliche Verwaltungen, Kompetenzprobleme – alle diese Fragen werden im Entwurf geregelt. Und zwar in einem guten Sinne – nämlich konsensual und lösungsorientiert. Insofern ist der vorliegende Verfassungsentwurf nicht das Problem, sondern die Lösung vieler Fragen.

Wir begrüßen es außerordentlich, dass der Europa-Minister in seinem Bericht darauf hinweist, diese Debatte in den kommenden Monaten zu verstärken. Der Europa-Ausschuss und die Europapolitiker in den Fraktionen werden ebenfalls initiativ, auch z.B. mit einer Bürgeranhörung, um für die Verfassung, aber auch für die europäische Idee an sich zu werben.

Ein zweiter Bereich ist von größter Bedeutung: Etwa zwei Drittel der Bundesbürger wünschen, **dass sich Europa über das Soziale definiert** und nicht über den Binnenmarkt oder den Euro. Auch dies spricht der Bericht an und zeigt Perspektiven auf. Wir begreifen die Arbeit an einem sozialen Europa als großes integrationspolitisches Projekt.

Wir können während der Dreierpräsidentschaft wichtige Wegmarken setzen. So muss unser Ziel sein, **Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung auf der europäischen Ebene abzusichern** und auszubauen. Sie gehören – bei aller Unterschiedlichkeit der nationalen Regelungen – zu den tragenden Säulen des europäischen Sozialmodells.

Der Bericht verweist auf die Soziale Dimension und u.a. das vorliegende Grünbuch „modernes Arbeitsrecht“ sowie auf eine Reihe von arbeitsmarktpolitischen Initiativen, siehe auch Beispiel Dänemark. Nachdrücklich wenden wir uns gegen eine Abwärtsspirale bei den Löhnen und den sozialen Standards in Europa. **Lohn-, Sozial- und Steuerdumping darf in Europa keinen Platz finden.** In diesen Zusammenhang gehört auch, dass dringend rechtliche Rahmenbedingungen für die Daseinsvorsorge auf europäischer Ebene geschaffen werden müssen. Dies trifft nämlich die Menschen unmittelbar – nicht nur in ihrer Haltung zu Europa, sondern auch in ihrem Verhältnis zur demokratischen Gesellschaft überhaupt.

Der Bericht zeigt auch noch einmal die **Perspektiven der Nordseekooperation** auf. Hier gilt der Dank dem Minister, dass er das eine tut, nämlich die Ostseekooperation vorantreibt, das andere aber nicht unterlässt, nämlich erstmals Leitziele für die Kooperation mit

Nordseeanrainern formuliert und umgesetzt. Dass INTERREG IV hier wieder genutzt werden kann, ist von uns ebenfalls zu begrüßen. Damit können wir weiter auf konkrete regionale Projekte setzen.

Mitte des Jahres wird Schleswig-Holstein den Vorsitz in der Europaministerkonferenz übernehmen. Das sind Chancen für unser Land, die wir nutzen sollten. In vielen Punkten ist Schleswig-Holstein mit neuen Ideen auf dem europäischen Markt, in Brüssel und in Berlin, dies gilt es auszubauen.

Darüber sollten wir im Ausschuss dann ausführlich sprechen.